

Gemeinderat beschloss am Donnerstagabend einstimmig, keinen kommunalen Bebauungsplan zu erstellen

Klares Nein in Büllingen in der Akte Pauls

■ Büllingen

Von Herbert Simon

In der vieldiskutierten Akte Pauls in Büllingen beschloss der Büllinger Gemeinderat am Donnerstagabend einstimmig, dem Antrag auf Erstellung eines kommunalen Bebauungsplans nicht zuzustimmen.

Im Klartext: Es wird in Büllingen kein zusätzliches Industriegebiet ausgewiesen, das zur räumlichen Erweiterung des nahe eines Wohngebietes, der Sporthalle und zweier Schulen angesiedelten Sägewerkes Pauls hätte dienen sollen, in diesem Fall zur Schaffung neuer Lagerflächen für Rund- und Schnittholz.

Drei Teilaspekte

Erwartungsgemäß hatte der brisante Tagesordnungspunkt sehr viele Zuhörer ins Rathaus angelockt. Im Vorfeld war die Problematik bereits in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert worden, nicht zuletzt nach der umfassenden Berichterstattung hierzu im Grenz-Echo. Wer aber eine Schlamm-schlacht im Rat erwartet hatte, sah sich getäuscht. Denn vor der Sitzung hatten sich Mehrheit und Opposition darauf verständigt, über die jeweiligen Stellungnahmen beider Fraktionen hinaus keine weiteren Debatten zu führen.

Die vorliegende Beschlussfassung betraf wohlgerne nur einen Teilaspekt der Gesamthematik, wie auch in den Erläuterungen zur Tagesordnung verdeutlicht wurde: »Sie stellt keineswegs eine Entscheidung zum laufenden Projektvorhaben der Sägerei Pauls

dar«. Und auch Bürgermeister Friedhelm Wirtz stellte erneut klar, das Dossier Pauls beinhaltet drei verschiedene Bereiche: 1. Die zu bereinigenden Altlasten des Unternehmens (ungeheime Reliefveränderung, d.h. Bodenaufschüttung). 2. Das Verfahren zur beantragten Bau- und Betriebsgenehmigung für eine Schnittholztrockenkammer mit Lagerfläche auf dem jetzigen Betriebsgelände (Befugnis des Gemeindegemeinderates). 3. Der kommunale Bebauungsplan zur Sägewerksvergrößerung: Die ablehnende Haltung des Büllinger Gemeinderates betraf ausdrücklich diesen Punkt drei.

Begründungen

In den Argumentationen von Mehrheit und Opposition, die beide auf die schwierige Entscheidungsfindung mit dem Für und Wider hinwiesen, wurden vielfach die schon bekannten Fakten angeführt.

Für die Fraktion Wirtz beschrieb der Bürgermeister nochmals den Werdegang der Pläne der Pauls AG, die bei einer ersten Vorstellung durch die Firmenbetreiber im Juli 2006 beim Gemeindegemeinderat »verhaltene Begeisterung« ausgelöst hätten: »Man stand dem natürlichen Wachsen eines alteingesessenen Betriebes eigentlich grundsätzlich positiv gegenüber«. Doch habe auch die gefürchtete Beeinträchtigung des Umfeldes durch das Projekt ernsthafte Fragen aufgeworfen. Das Nein der Mehrheit zum Bebauungsplan wird wie folgt begründet: - die Ausdehnung des holzverarbeitenden Betriebes Pauls, der im wahrsten Sinne des Wortes an seine Grenzen stößt, steht im krassen Gegensatz zu den Grundsätzen des walloni-



Das Sägewerk Pauls in Büllingen liegt in der Nachbarschaft zum Wohngebiet sowie zum Schulzentrum. Das schafft offensichtlich Probleme.

schen Raumordnungsgesetzbuches; - die Erhaltung der Lebensqualität wäre nicht mehr gewährleistet; - 900 Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift gegen das Vorhaben ausgesprochen; - die Gemeinde würde in ein schwebendes Verfahren eingreifen und den Weg für die Regulierung einer illegalen Situation (Reliefveränderung) ebnen; - die Gemeinde würde als Entscheidungsträger in die zweite Reihe gedrängt. Da aber auch die Interessen eines nicht unbedeutenden alteingesessenen Betriebes zu berücksichtigen seien, soll gemeinsam mit den Unternehmensgebern gegebenenfalls nach anderen Möglichkeiten zur Ausweisung zusätzlicher

Lagerflächen gesucht werden. Wie das GE erfuhr, fand hierzu bereits gestern Nachmittag eine Unterredung zwischen dem Gemeindegemeinderat und Vertretern der Pauls AG statt.

Die Begründung der Opposition (FBB) für die Ablehnung des Antrags trug am Donnerstagabend Fraktionssprecher Werner Brüls vor. Der Graben zwischen der Firma Pauls und den Anliegern ist nicht, wie insgeheim erhofft, in den letzten Wochen kleiner geworden, im Gegenteil: Eine Interessengemeinschaft hat die Bevölkerung mobilisiert, sich massiv gegen eine Ausdehnung zu wehren. Da aber Fakten zählen sollten, hat man sich Klarheit über die Sachverhalte ver-

schaft. Ein noch am Tag vor der Sitzung auf Initiative der FBB besichtigter Referenzbetrieb in Moers (D), wo naturbelassene Holzabfälle verheizt werden, würde auch in Büllingen kein Problem darstellen, wenn er in einem Industriegebiet gebaut würde: Die in Deutschland ausgeübten Umweltkontrollen wären hierzulande in diesem Umfang kaum möglich. Die Befürchtungen der Anwohner in Büllingen, die ohnehin schon mit einer unvermeidlichen Geräuschkulisse leben müssen, ihre Lebensqualität werde weiter eingeschränkt, stellen ein großes Problem dar. Da die Sägerei Pauls in der Vergangenheit die Umweltnormen nicht einge-

halten hat, gibt es berechnete Fragen und Zweifel zum künftigen Respekt der Richtlinien: »Nur eine bedingungslose Bereinigung der von der Umweltpolizei festgestellten Mängel kann die Grundlage für ein neues Vertrauensklima bilden. Eine nachträgliche Regulierung würden wir nicht mittragen.«

Mit Blick auf die beabsichtigte Expansion des Betriebes bietet sich nach Ansicht der FBB nur ein Ausweg: Die Zurverfügungstellung ausreichender Flächen in einem Gewerbegebiet, die aber derzeit noch nicht vorrätig sind, weshalb nichts unversucht bleiben darf, entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Diskussionen im Gemeinderat zwischen Mehrheit und Opposition über die Vorgehensweise bei der Behandlung der Projekte

Schulen in Rocherath und Honsfeld werden ausgebaut

■ Büllingen

In der Gemeinde Büllingen wird die Schulinfrastruktur verbessert und erweitert.

Der Rat genehmigte auf seiner Sitzung am Donnerstagabend entsprechende Projekte in Rocherath und Honsfeld. Schulschöfin Moni Knaus und Bauschöffe Willy Heinzius erläuterten ausführlich die Vorhaben. Die Kosten für Rocherath belaufen sich auf 256 000 Euro, für Honsfeld auf 223 000 Euro, wozu die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) im Rahmen des Infrastrukturplans je 80 Prozent der Summe beisteuert.

Da die Schule in Rocherath an räumliche Grenzen stößt (Sporthalle/Friedhof), wird der erforderliche Ausbau hier innerhalb der bestehenden Gebäudestruktur vollzogen: Bibliothek/Dokumentationsraum, Sanitäranlagen, Lehrerzimmer, Essraum/Küche (Mittagsaufenthalt der Kinder), Entfernung einer Zwischenwand usw. Die nach zahlreichen Besprechungen mit allen Beteiligten ausgearbeiteten Pläne »berücksichtigen zu 99 Prozent die Wünsche der Lehrer«, so Willy Heinzius.

Dieter Fickers (FBB-Opposition) hatte allerdings mit Datum vom 20. September recht

kurzfristig nach einer Informationsversammlung am 29. August eine Alternative zur Schaffung von Mehrraum in der Schule vorgeschlagen: Abriss des Anbaus, Vergrößerung der Schule in Richtung Friedhof um zwei Meter.

Alternative?

Doch der Bauschöffe winkte, unter Berufung auf Neuberechnungen des Architekten, ab: Das Projekt wäre unter diesen Umständen aus bautechnischen Gründen nur schwer zu verwirklichen und würde fast doppelt so viel kosten. Bürgermeister Friedhelm Wirtz er-

gänzte, der Vorschlag sei zwar gut gemeint, aber nicht durchführbar.

Ihn störte vor allem die Vorgehensweise der FBB: Er sei für alle Anregungen dankbar, doch in diesem Fall hätte die Fragestellung vorab unmittelbar an den Bauschöffen, das Gemeindegemeinderat oder den Architekten gestellt werden sollen. In einer teils hitzig geführten Kontroverse blieb die Opposition hartnäckig. So meinte etwa Jenny Moeres, angesichts der jüngsten Anpassungen sei das Projekt »noch nicht spruchreif«, und sie warf technische Fragen auf, die aber von Willy Heinzius beantwor-

tet wurden. Der Wunsch der Opposition, das Anliegen in einer weiteren Arbeitssitzung zu besprechen, lehnte die Mehrheit ab, allein schon aus terminlichen Gründen, da »die DG auf die Einreichung der Schulakten drängt«, so Schöffe Herbert Rauw.

Überflüssig

Friedhelm Wirtz erachtete übrigens Diskussionen dieser Art als »überflüssig, wenn erwiesen ist, dass nachträgliche Änderungen zu spürbaren Verbesserungen führen«, und wurde in dieser Einschätzung von Fraktionskollege Reinhold

Adams grundsätzlich unterstützt: »Wenn ich eine Sache für gut erachte, stimme ich ihr zu, ohne lange darüber zu debattieren.« Das Projekt Rocherath wurde schließlich bei Enthaltung der FBB mehrheitlich genehmigt.

Reibungslos verlief die Behandlung der Schulakte Honsfeld, der alle Ratsmitglieder vorbehaltlos zustimmten. Bei diesem Projekt geht es um einen Neubau an die bestehenden Gebäude, wo Platz geschaffen wird für Bibliothek, Lehrerzimmer, Leseraum und Mittagsaufenthalt der Kinder. Auch wird ein großer Heizöltank eingebaut.



Foto links: Das Schulgebäude in Rocherath wird an der rückwärtigen Seite begrenzt durch den Friedhof und die Sporthalle. Foto rechts: Teilansicht der Schule in Honsfeld.